No. 60. = 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 5. Februar 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellengesuche und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: S. Prinzstr. 41, SO. Kottbuserstr. 1, SO. Sonnenstr. 20, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 32 u. Gr. Frankfurterstr. 57, NO. Jnsterstr. 31, N. Schiffahrtsdamm 1, N. Schützenstr. 27 (am Leopoldplatz), C. Königstraße 56/57, NW. Alt-Moabit 138, W. Potsdamerstr. 35, W. Bayreutherstr. 32, W. Leipzigerstr. 103, SW. Mittenwalderstraße 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 33/34 und Berlinerstr. 72, Schöneberg, Hauptstr. 8, Charlottenburg, Kantstraße 54, Pankow, Berlinerstraße 135.

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W. Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Das freisinnige Ketzergericht.

In Sachen des Ketzergerichts, das auf Betreiben einiger in ihrer Eitelkeit verletzten Parteigrößen der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung gegen Dr. Theodor Barth in Szene gesetzt werden sollte, wird jetzt parteioffiziös abgewiegelt. Es heißt in einer zur Sache versandten Notiz:

Die linksliberale Fraktionsgemeinschaft des Reichstages hat Dienstag abend über innere Angelegenheiten der freisinnigen Parteien verhandelt. Die in einem Teil der Presse verbreitete Nachricht, daß ein „Scherbengericht" abgehalten und die „Ausschließung" einzelner Politiker, die einer der in der Fraktionsgemeinschaft vertretenen Gruppen angehören, wegen taktischer Meinungsverschiedenheiten verlangt werden sollte, entspricht nicht dem Sachverhalt. Es wurde über einen Antrag verhandelt, der sich gegen persönlich verletzende Angriffe wendet, die außerhalb des Parlaments von Vertretern einer linksliberalen Partei gegen Mitglieder der Fraktionsgemeinschaft gerichtet worden sind. Es wurde einstimmig beschlossen, die Angelegenheit dem auf Grund der Frankfurter Vereinbarungen eingesetzten gemeinsamen Ausschuß der drei linksliberalen Parteien zu überweisen, der bestimmungsgemäß bei etwa entstehenden Meinungsverschiedenheiten auf eine Vermittelung hinzuwirken hat.

Das Getue, als ob niemals ein Ketzergericht beabsichtigt war, bedeutet weiter nichts, als daß die Urheber des Vorgehens gegen einige unbotmäßige Leute sich nachträglich herausreden wollen, weil sie eingesehen haben, daß sie sich als Holzschlepper zum Scheiterhaufen für die Leugner des Blockglaubens bis auf die Knochen blamieren würden. Daß die „Fraktionsgemeinschaft" sich mit der Angelegenheit des Scherbengerichts überhaupt befaßt hat, ist an sich schon der klarste Beweis für die Gelüste einiger Parteimandarinen, die ihnen unbequeme Kritik der Blockweisler niederzuschlagen. Wir haben schon gestern mitgeteilt, daß der größere Teil der Mitglieder der freisinnigen Vereinigung den Versuch der Fraktionsgemeinschaft, sich als Knebelstation für selbständige liberale Politiker aufzutun, auf's entschiedenste zurückweisen würde. Offenbar sind nunmehr in der gestrigen Sitzung der Fraktionsgemeinsamkeit die Blockfanatiker der freisinnigen Volkspartei gründlich abgeblitzt, so daß in der offiziösen Notiz das Vorgehen behandelt wird wie ein harmloser Zwischenfall, entstanden aus kleinen Meinungsverschiedenheiten, wie sie bei jedem Kaffeeklatsch einmal vorkommen.

Man wird bald erfahren, wie es der „gemeinsame Ausschuß" anstellen wird, um auf eine „Vermittelung hinzuwirken". Daß sich ein Theodor Barth in keiner Weise den Mund verbieten lassen wird, nur damit künftig der Glanz der Freisinnsgrößen unvermindert leuchte und die Blockherrlichkeit als unantastbares freisinniges Dogma proklamiert werde, das braucht wohl nicht erst versichert zu werden.

„Unpolitisch."

„Ein Begräbnis erster Klasse."

In Charlottenburg ist die stärkste Stütze der „unpolitischen" Parteien auf kommunalpolitischem Gebiet gefallen: Der Kommunalverein für die östlichen Stadtbezirke, der einst unter der Leitung des inzwischen verstorbenen Stadtverordnetenvorstehers Ströhler die Geschicke des großen Gemeinwesens lenkte, hat seine Auflösung beschlossen.

Bei den letzten Charlottenburger Stadtverordnetenwahlen erlitten die beiden „unpolitischen" Parteien, die Fraktionen Freie Vereinigung und Alt-Charlottenburg, eine schwere Niederlage. Die Freie Vereinigung, die zu Ströhlers Zeiten die absolute Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung besaß, konnte nur ein einziges Mandat bei den letzten Wahlen behaupten. Sie zählt jetzt nur noch neun Mitglieder, vermag daher, bei einer Gesamtzahl von 72 Stadtverordneten, keinen Einfluß mehr auszuüben. Ihr Führer, der Stadtverordneten-Vorsteher Justizrat Rosenberg, unterlag in den beiden Bezirken, in denen er wieder aufgestellt worden war. Die Fraktion Alt-Charlottenburg trat nicht einmal selbständig in den Wahlkampf ein. Sie hat es nur der Gnade anderer Parteien zu danken, daß drei ihrer Mitglieder wiedergewählt wurden und sie noch über sieben Mandate verfügt. Jetzt gibt die liberale Fraktion mit 44 Mitglieder den Ausschlag und die sozialdemokratische Fraktion ist mit 12 Stadtverordneten die zweitgrößte im Stadtparlament geworden.

Interessant ist es, zu erfahren, wie der Antrag auf Auflösung des Kommunalvereins für die östlichen Stadtbezirke begründet worden ist. Den Antrag hatte Justizrat Dr. Lewinski zu motivieren, der offen zugab, daß das Schlagwort „unpolitisch" unbegründet ist, und daß das Prinzip, im Gemeindeleben einen bestimmten politischen Charakter nicht hervorzukehren, nicht aufrechterhalten werden kann. Dr. Lewinski führte unter anderem folgendes aus:

„Heutzutage ist jeder Mensch, der in der Oeffentlichkeit steht, derartig verflochten mit allen möglichen politischen Problemen, und das Leben der Gemeinden ist derartig verwachsen mit den Aufgaben des Staatswesens, daß man in dem entwickelten Zustande nicht mehr sagen kann: die Gemeinde ist etwas anderes und der Staat ist etwas anderes, sondern daß man sagen muß: die Gemeinde ist ein organischer Teil des Staatsgebietes; auf dem Leben der Gemeinde baut sich das Leben des Staates auf, und die Politik des Staates beruht im wesentlichen auf den Kundgebungen und dem Leben der Gemeinde. Und weil heute fast alle die Fragen des Gemeindelebens hineingreifen in das soziale, in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben des Einzelnen, deshalb wird man heute nicht sagen können, daß das Prinzip „unpolitisch" in der Gemeindevertretung richtig ist und ausschlaggebend sein muß.

Alles das haben diejenigen Herren, die im Vorstande in der Wahlagitation stehen, und die, wie ich besonders hervorheben muß, mit so außerordentlichem Opfermut sich dieser Arbeit hingegeben haben, erkannt, und sie haben auch gleichzeitig erkannt, daß für sie selbst diese Stellungnahme etwas außerordentlich Mißliches im Gefolge hat. Denn, im öffentlichen Leben ist das erste, was von einem Manne verlangt werden kann und verlangt wird, die feste Stellungnahme auf irgend einem politischen Boden, es sei, welcher es wolle.

Jedes Herumtschen der politischen Haltung und der politischen Richtung, jedes Leisetreten und jedes Lavieren ist etwas der Manneswürde zuwiderlaufendes. Es führte die Notwendigkeit der Wahlagitation aber dazu, sich bald mit diesem, bald mit jenem zu verbünden, bald hier bald dort Anschluß zu suchen. Man mußte schließlich unwahr werden und sich selber untreu, und diese Empfindung mußte den Herren, die die Wahlagitation geleitet haben, schließlich die Vereinstätigkeit und die agitatorische Wahltätigkeit verleiden.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die bloße Negation des politischen Momentes selbst für denjenigen, der sich zu diesem Prinzip bekennt, etwas außerordentlich Peinliches und Unangenehmes hat. Ich glaube, dies den Herren nachfühlen zu können und rechtzeitig erkannt zu haben, daß hier ein wunder Punkt ist, der zur Auflösung des Vereins schließlich führen muß."

Justizrat Dr. Lewinski legte weiter dar, daß es auch nicht möglich sein werde, einen Verein, der so viele Wandlungen durchgemacht habe, zu reformieren oder für ihn einen Anschluß an einen politischen Verein zu suchen; es bleibe also nichts übrig, als den Verein, der keine Lebensfähigkeit und keine Existenzberechtigung mehr habe, aufzulösen und ihm ein Begräbnis erster Klasse zu bereiten.

Der ehemals so stolze und große Verein, die Hochburg der „Unpolitischen", ist nunmehr sang- und klanglos verschwunden. Seine Mitglieder haben, allerdings zu spät, erkannt, daß die vorgebliche „Unparteilichkeit" in kommunalpolitischen Dingen ein Wahn ist und daß auch die Angelegenheiten der Gemeinde sich nur von einem festen politischen Standpunkt aus richtig beurteilen lassen. Für die Parteien, die unter der „unpolitischen" Flagge noch immer auch in zahlreichen anderen Kommunen die Geschäfte der Reaktion besorgen, sollte der Zusammenbruch des Charlottenburger Kommunalvereins eine ernste Mahnung enthalten.

Das Ende vom Liede.

Es wird fortgepumpt.

Zwischen Vertretern der verbündeten Regierungen und den Vertretern der Fraktionen des Reichstages mit Ausnahme der Sozialdemokraten hat, wie eine Parlamentskorrespondenz meldet, gestern abend im Reichstag eine Konferenz stattgefunden, die sich mit der gegenwärtigen politischen Lage beschäftigte, und in der es zu wichtigen Beschlüssen gekommen sein soll. Diese Beschlüsse sollen dahin gehen, die Finanzreform endgültig auf den Herbst zu vertagen, die Beamtengesetze den Parlamenten in etwa drei Wochen vorzulegen und die in diesen Gesetzen geforderten Ausgaben, was das Reich anbetrifft, durch Anleihen zu decken, bis die Finanzreform auch für diese Ausgaben Deckungsmittel geschaffen hat. Die Parteien sollen die Vorlegung der Beamtengesetze als Bedingung für die Zurückstellung der Finanzreform gefordert haben. Die preußischen Beamtengesetze würden gleichzeitig mit dem Reichsgesetz dem Landtage zugehen. Die Korrespondenz bemerkt hierzu:

Diese Verabredung dürfte allgemeine Billigung finden, da ein Zurückstellen der Beamtengesetze einfach unmöglich war.

Durch diese Verschleppung hätten für die bevorstehenden Landtagswahlen in erster Linie unabsehbare Konsequenzen entstehen können. (Aha! Man fürchtet in Regierungs- und konservativen Kreisen ein Abschwenken der Beamten ins oppositionelle Lager. Das beweist, wie unsicher sich die konservative Landtagsmehrheit fühlt.)

Betreffs der Zuckerkonvention wurde vereinbart, den Antrag des Grafen Schwerin fallen zu lassen und eine Resolution anzunehmen, die die Regierung auffordert, die Herabsetzung der Zuckersteuer bis zum 1. Oktober 1909 in die Wege zu leiten.

Der Bundesrat wird am Donnerstag sich mit der Zuckerkonventionsfrage beschäftigen; die zweite Lesung der Zuckerkonvention soll im Reichstage am Freitag erfolgen. Bei dieser Gelegenheit wird Freiherr v. Stengel den Standpunkt der verbündeten Regierungen klarlegen. Man nimmt an, daß der Schatzsekretär am Ende der Woche oder Anfang der nächsten Woche nach Erledigung der dritten Lesung der Zuckerkonvention aus dem Amte scheiden wird.

Wie verlautet, soll heute abend ein Diner beim Reichskanzler stattfinden, zu dem die Vertreter der bürgerlichen Parteien Einladungen erhalten haben.

So ist alles in der schönsten Ordnung für Bülow. Und wenn die halbjährige Galgenfrist im Herbst abgelaufen ist, wird sich ein neuer Ausweg finden, um einer Entscheidung abermals aus dem Wege zu gehen. Daß dieses System auf die Dauer die wirtschaftliche Existenz des Reiches mit Naturnotwendigkeit ruinieren muß, liegt auf der Hand. Aber das Wurstein ist ja so hübsch bequem!

Die Mittelmeerreise des Kaisers.

Der „R. G. C." zufolge erzählt man sich in Kreisen der Berliner Hofgesellschaft, die für gut unterrichtet gelten können, daß die Jacht „Hohenzollern" Befehl erhalten hat, sich bereit zu halten, den Kaiser am 6. März in Wilhelmshaven zur Fahrt nach Korfu an Bord zu nehmen. Die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise werden den Kaiser begleiten.

Eine unfreundliche Stimmung

macht sich seit dem Zusammentritt der österreichischen Delegation in Wien dort gegen das verbündete Deutschland geltend. Wir haben bereits wiederholt auf die scharfen Kritiken hingewiesen, die im Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten dieser Delegation an der preußischen Enteignungspolitik sowie an der preußischen Ausweisungspraxis gegenüber österreichischen Staatsangehörigen geübt werden. Gestern wurden diese Angriffe in dem Ausschusse wiederholt. Aus Wien wird uns darüber berichtet:

Der Delegierte Graf v. Wodzycki erklärte, er könne die selbstbewußte optimistische Anschauung des Ministers des Aeußeren über seine Intervention bei den Ausweisungen österreichischer Staatsangehöriger aus Deutschland nicht teilen, verlangte eine Definition des elastischen Begriffes „staatsfeindlich" und bat den Minister, der am 1. Februar in Kraft getretenen, gegen polnische Arbeiter gerichteten Verfügung des preußischen Ministers des Inneren nach Möglichkeit entgegenzutreten. Der Minister des Aeußeren v. Aehrenthal erwiderte, mit dem Ausdruck „staatsfeindliche Personen" seien Leute gemeint, die nach Auffassung der preußischen Regierung gegen die bestehende Staatsordnung agitiert haben oder ihr gefährlich werden können, also umstürzlerische Elemente, Anarchisten.

Marquis Bacquehem bemerkte: Bezüglich der allgemeinen Richtungslinie der auswärtigen Politik müsse als Grundsatz die Kontinuität ohne Rücksicht auf wechselnde parlamentarische Mehrheiten und leitende Staatsmänner sowie auf Stimmungen maßgebend bleiben. Von diesem Standpunkt müßten auch gewisse innere Vorgänge in einem verbündeten Staate betrachtet werden, die bei den Stammesgenossen begreifliche Empfindungen auslösen und übrigens auch im eigenen Lande vielfach beklagt und angefochten werden.

Der Sektionschef Baron Call führte aus: Was die Reform des Legitimationswesens für ausländische Wanderarbeiter betreffe, verweise er auf die von der preußischen Regierung aufgestellte Forderung, daß den Arbeitern an der Grenze oder an der Arbeitsstätte deutsche Legitimationspapiere ausgestellt werden. Die österreichische Regierung habe der preußischen Regierung ihre Bedenken hierüber mitgeteilt, die Verhandlungen seien aber noch nicht abgeschlossen. Bezüglich der Massenausweisungen kroatischer Arbeiter aus Deutschland erklärte der Redner, aus den Informationen der diplomatischen Vertretungen gehe hervor, daß die Nachricht von der Ausweisung von hundert kroatischen Arbeitern aus Geisenkirchen erfunden sei. Tatsächlich seien nur etwa fünfzehn Kroaten wegen Arbeitsmangels entlassen worden, worauf etwa 20 Arbeiter die Arbeit freiwillig niedergelegt haben. Die Bezeichnung Kroaten sei am Rheine nur ein Sammelname für fremdsprachige Arbeiter.

Auf eine Anfrage über die Schiffahrtsabgaben auf der Elbe erwiderte der Redner, daß weder die deutsche noch die preußische Regierung wegen Einführung von Schiffahrtsabgaben an Oesterreich herangetreten sei. Nachdem sich jedoch sowohl die Oeffentlichkeit als auch kompetente Kreise dahin geäußert hätten, daß Oesterreich der Einführung solcher Abgaben nicht entgegentreten werde, sei die österreichisch-ungarische Botschaft in Berlin angewiesen worden, der deutschen beziehungsweise der preußischen Regierung bekanntzugeben, daß Oesterreich in der Frage der von Preußen beabsichtigten Einführung von Schiffahrtsabgaben an den geltenden Elberechten mit allem Nachdruck festzuhalten gesonnen sei.

Zu den Gegenständen, gegen die sich die Kritik gegen Preußen-Deutschland richtet, ist also noch ein weiterer Gegenstand, die Frage der Schiffahrtsabgaben auf der Elbe getreten. Die Vertreter der österreichischen Regierung legen sich erklärlicherweise in ihren Ausführungen die größte Zurückhaltung auf, man kann es aber unschwer aus ihren Worten herauslesen, daß auch sie das Vorgehen des verbündeten Staates auf dem in Rede stehenden Gebiete auf das schärfste verurteilen. Daß durch derartige unerquickliche Auseinandersetzungen das Bündnisverhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland nicht ungünstig beeinflußt wird, glauben höchstens Herr Kreth aus Stallupönen oder Herr Liebert, der „Unabkömmliche".

Die Revolution in Portugal.

Wir haben gestern berichtet, daß das neue portugiesische Kabinett das Kriegsrecht über das Land verhängt hat. Diese Tatsache läßt in Verbindung mit dem Umstande, daß die Telegrammzensur seitens der portugiesischen Regierung immer noch auf das schärfste gehandhabt wird, nur die Vermutung zu, daß im Lande die Revolution herrschen muß. Trotz der Telegrammzensur gelangen jetzt Nachrichten ins Ausland, die diese Vermutung durchaus bestätigen. So veröffentlicht das Madrider Blatt „El Mundo" folgende Meldung aus Lissabon:

Trotz scheinbarer Ruhe ist man hier in großer Besorgnis und fürchtet, daß es mit der Armee und Marine zu Kämpfen kommen könnte. Die Republikaner bemühen sich, den neuen Ministerpräsidenten unpopulär zu machen, indem sie daran erinnern, daß Admiral Ferreira bei der Meuterei auf dem „Vasco de Gama" sein den Meuterern gegebenes Versprechen, daß sie begnadigt werden würden, nicht gehalten habe. Es heißt, daß der erste Akt König Manuels ein weitgehender Amnestieerlaß sein werde, und daß den von Franco unterdrückten Blättern das Wiedererscheinen gestattet werden würde.

In Paris ist die Meldung aus Lissabon eingetroffen, daß das neue Ministerium mit ziemlicher Zurückhaltung aufgenommen werde. Man sehe es als ein Uebergangsministerium an.

Ueberaus bezeichnend für die Situation ist aber folgende Meldung aus Lissabon vom 2. Februar, die der „Voss. Ztg." auf Umwegen zugegangen ist:

Um 9 Uhr abends am letzten Sonnabend hörte ich in der Nähe der Kaserne des 16. Infanterieregiments heftiges Schießen. Ueber 60 Schüsse zählte ich in einer Stunde. Hernach vernahm ich persönlich unmittelbar neben der Kaserne des ersten Artillerieregiments noch anhaltenderes Schießen und vermochte über fünfzig Schüsse auseinanderzuhalten. Ich vernehme aus glaubwürdigster Quelle, daß beide Regimenter sich geweigert haben, auszurücken. Die Meuterei hat begonnen, die Lage ist weit schärfer zu beurteilen, als es nach auswärts berichtet werden darf.

Man sieht also, was man von den wenigen offiziösen Meldungen zu halten hat, die nach dem Auslande durchgelassen werden.

Francos definitiver Rücktritt.

Nach einem in Paris eingetroffenen Telegramm aus Lissabon veröffentlicht das „Diario Illustrado", das Blatt der portugiesischen Regeneradorespartei, die von Franco ausgehende Erklärung, daß dieser sich vollständig und endgültig aus dem politischen Leben zurückziehe. Die seiner Partei angehörigen Staatsräte und früheren Minister würden über die durch diese Entscheidung geschaffene Lage beraten. Der Ministerpräsident Ferreira würde die Neuwahlen für die Cortes im April stattfinden lassen.

Die Einbalsamierung der Leichen des Königs und des Kronprinzen war gestern morgen um 6 Uhr beendet. Die beiden Leichen werden in ihren Särgen vor heute bis Freitag ausgestellt werden.

Unter den drei nach dem Attentat in Lissabon getöteten Männern befindet sich ein gewisser Daposta. Wie dem Pariser „Matin" aus Lissabon berichtet wird, war Daposta bei einem Goldschmied bedienstet, der unter Eid aussagte, daß er seinen Angestellten wenige Minuten vor der Vorbeifahrt des Königs zur Post nach Briefmarken geschickt habe, und daß das der einzige Grund zur Anwesenheit Dapostas auf dem Schauplatz des Verbrechens gewesen sei.

Die Haltung der Mächte.

Eine halbamtliche Note der französischen Regierung bezeichnet die Meldung eines auswärtigen Blattes, nach der der Sturz des Ministeriums Franco dem Eingreifen Englands und Frankreichs zuzuschreiben sei, als unrichtig. Ebenso unrichtig sei die Meldung, daß Spanien und Italien die Absicht kundgegeben hätten einzugreifen, um den Frieden in Portugal zu sichern. Im allgemeinen, so wird erklärt, seien die Mächte entschlossen, das Recht Portugals, seine inneren Angelegenheiten selbst zu regeln, zu respektieren.

Der Prätendent Dom Miguel.

Das römische Blatt „Giornale d'Italia" meldet aus Viareggio, daß Dom Miguel von Braganza, der sich seit einem Monat als Gast der Prinzessin Massimo, Tochter des Prätendenten Don Carlos, dort aufhielt, plötzlich von dort abgereist ist. Wie es heißt, soll er sich nach Griechenland begeben haben. Dom Miguel erhielt zahlreiche Depeschen. Von der Umgebung des Prinzen wird versichert, daß der Prinz nichts mit den Königsmördern gemein habe und gegen anders lautende Meldungen protestiert. Die Verwandten Dom Miguels hüllen sich in Schweigen; seine Söhne befinden sich noch in Viareggio.

Eine Skandalszene

ist in der gestrigen Sitzung der russischen Reichsduma durch ein Mitglied der äußersten Rechten herbeigeführt worden. Aus Petersburg wird darüber berichtet:

Das Haus verhandelte heute über den Antrag der Staatsverteidigungskommission, den Präsidenten zu ermächtigen, die Kommissionssitzungen hinter verschlossenen Türen abzuhalten. Als Präsident der Kommission motivierte der Oktobristenführer Gutschkow den Antrag, und wies darauf hin, daß dies im Interesse des Staates wegen militärischer Fragen notwendig sei. Er beantrage, zu den geschlossenen Kommissionssitzungen nur Dumamitglieder zuzulassen. Nach der Rede Gutschkows erhielt Purischkewitsch von der äußersten Rechten das Wort. Dieser erklärte, er würde an Stelle des Kriegsministers beim Erscheinen des Abgeordneten Miljukow, des Führers der Kadetten, in der Sitzung der Kommission alle Rockknöpfe zuknöpfen und den Kragen aufschlagen. Auf den linken Bänken erhob sich andauernder, stürmischer Lärm, der die Präsidentenglocke übertönte. Purischkewitsch verließ die Tribüne und rief, sich dem Abgeordneten Miljukow zuwendend: „Sie Schuft! Sie können mich fordern." Nachdem wieder Ruhe eingetreten war, schlug der Präsident vor, den Abgeordneten Purischkewitsch von den nächsten zehn Sitzungen auszuschließen, falls er sich nicht entschuldige. Als Purischkewitsch wieder das Wort erhielt, wiederholte er den Sinn seiner ersten Worte in einem neuen Wortspiel. Infolgedessen schlug der Präsident vor, die Ausschließung bis zu 15 Sitzungen zu verlängern. Nach einer viertelstündigen Unterbrechung nahm die Duma fast einstimmig mit Ausnahme einiger Mitglieder der äußersten Rechten den Antrag des Präsidenten an.

Ein militärisch-kirchlicher Konflikt

ist in Lothringen infolge einer Predigt ausgebrochen, die der Abbé Manhuy in Ars an der Mosel am Geburtstage des Kaisers gehalten hat. Der Geistliche sagte darin:

Brave Katholiken hätten keinen Anlaß, sich über die Geburt des Kaisers zu freuen, da sie nur dazu da seien, Steuern zu zahlen und Militärdienst zu leisten; bei Besetzung höherer Aemter müßten sie beiseite stehen. Das einzige, was einem guten Katholiken fromme, sei zu Gott zu beten, daß er den Kaiser mit besserer Einsicht erleuchte.

Wie jetzt gemeldet wird, hat der kommandierende General des 16. Armeekorps den Soldaten seines Korps den Besuch der katholischen Kirche in Ars verboten.

Der heilige Krieg.

Nach einem Telegramm aus Tanger haben gestern fünftausend Mann Marrakesch verlassen, um in den heiligen Krieg zu ziehen. Die Nachricht, daß Marokkaner auf seiten der Franzosen unter General d'Almade gekämpft haben, hat in marokkanischen Kreisen und beim Machsen den besten Eindruck gemacht.

General d'Almade hat in einem Funkentelegramm nach Paris gemeldet, daß die Küstenabteilung mit der kürzlich angegriffenen Kolonne bei Dar Ber Raschid in Verbindung getreten ist. Einundzwanzig Verwundete sind von dort nach Casablanca gebracht worden.

Neue Hiobsposten

treffen von den in Nordafrika stationierten französischen Truppen ein. Aus Oran wird gemeldet: In einer Kompagnie des Strafbataillons brach eine Meuterei aus. Die Soldaten töteten einen Unteroffizier.

Nach einem Telegramm aus Biskra (Algerien) wurden dreizehn Soldaten, die zu einer Vermessungsabteilung gehörten, auf der 1500 Meter hohen Felskuppe vom Schneesturm geschlossen. Eine Hilfskolonne ist unterwegs.

Der Urlaub des Kriegsministers.

Der preußische Kriegsminister v. Einem wird nach der „Neuen Politischen Korrespondenz" seinen Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit zunächst in Kairo zubringen.

Rom, 4. Februar. Der Herzog und die Herzogin von Connaught trafen heute abend, von Neapel kommend, hier ein und wurden am Bahnhof von dem italienischen Königspaare empfangen.

Brüssel, 4. Februar. In einer gestern abgehaltenen Vereinigung der Minister, der auch die der Rechten angehörenden Mitglieder der **Kolonialkommission** beiwohnten, gab Ministerpräsident Schollaert die Erklärung ab, daß die Regierung auf den durch den jetzigen Vertrag über die Angliederung des Kongostaates vorgesehenen Weiterbestand der sogenannten Krondomänen verzichte und statt dessen die Errichtung eines Spezialfonds zur Ausführung öffentlicher Arbeiten für Belgien und den Kongostaat in Aussicht genommen habe. Die Regierung habe infolgedessen beschlossen, behufs Ausarbeitung einer Zusatzakte zu dem Angliederungsvertrag in neue Verhandlungen mit dem Kongostaat einzutreten.

London, 4. Februar. Der von der Opposition im **Unterhause** eingebrachte Abänderungsvorschlag zur Antwortadresse auf die Thronrede, der sich auf die Zustände in Irland bezog, wurde heute nach zweitägiger Verhandlung mit 414 gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Athen, 4. Februar. **Deputiertenkammer.** Die Folge der Besprechung über die bei der Erhebung eines Ausfuhrzolles auf Rosinen zu treffenden Maßnahmen war, daß der Finanzminister Simopulos trotz eines Vertrauensvotums seine Entlassung gab, mit der Versicherung, daß der Minister des Inneren Kalogeropulos auch die Finanzen übernehmen werde.

Kunst und Wissenschaft.

Wasserkraftanlagen in Bayern.

Da Bayern keine eigenen Kohlenbergwerke besitzt und daher seine Betriebskraft für Eisenbahnen, Fabriken usw. aus dem Auslande beziehen muß, so sucht man hier mit besonderem Eifer die Verwertung der vorhandenen natürlichen Wasserkräfte sich dienstbar zu machen. Nun gehört zwar Bayern in bezug auf die verfügbaren Wasserkräfte nicht zu den sehr begünstigten Ländern; aber man kann doch immerhin aus den vorhandenen Wasserkräften des Landes etwa 700,000 Pferdekräfte gewinnen. Wie der „Intern. Wochenschr. für Wissensch., Kunst und Technik" aus Nürnberg mitgeteilt wird, bemühen sich private Industrieunternehmungen um Konzessionen zur Ausnutzung dieser billigen Kraftquellen, aber die Regierung will solche wertvollen Einnahmequellen nicht aus der Hand geben, die sie für sich vorteilhaft verwerten kann. Wasserkraftanlagen großen Stils würden zunächst an der Alz, am Lech und am Walchensee geschaffen werden können. Man schätzt die an diesen drei Stellen zu gewinnenden Pferdekräfte auf 200,000, von denen ein großer Teil für die Elektrisierung der bayerischen Staatsbahnen, die in großem Umfange geplant ist, nutbringend verwertet werden könnte. Eine Denkschrift, die dem Landtage zugehen soll, berechnet die Elektrisierung der bayerischen Bahnen auf einen Kraftbedarf von 92,000 Pferdekräften und führt weiter aus, daß die Elektrisierung der bayerischen Bahnen im Falle der Verstaatlichung der Wasserkräfte eine jährliche Ersparnis von sieben Millionen Mark an Ausgaben bedeuten würde. Man hofft noch in diesem Jahre die erste Probestrecke Berchtesgaden—Reichenhall elektrisch betreiben zu können. Die weitaus interessantesten Projekte, über deren Ausführbarkeit die Meinungen freilich sehr geteilt, sind von dem durch seine Ideen zur Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe bekannten Major Donath entworfen. Die oberhalb des Walchensees in größerer Entfernung vorbeifließende Isar soll abgedämmt und durch einen längeren Kanal oder auch mittelst eines Tunnels durchs Gebirge in den See geleitet werden. Des weiteren will Donath den undurchlässigen Bergsattel durchstechen, so daß er einen gewaltigen Wasserfall herstellen würde, von Dimensionen, wie sie in Deutschland, ja in ganz Europa bisher unbekannt sind.

Drahtlose Torpedosteuerung.

Aus Paris meldet ein Telegramm: Dem „Eclair" zufolge hat Physiker Branly eine Vorrichtung erfunden, um einen Torpedo mittels Herzscher Wellen mit Sicherheit so nach einem bestimmten Punkte zu lenken, daß er von anderen elektrischen Wellen nicht beeinflußt werden kann; ferner sei man mit dieser Vorrichtung imstande, Landminen auf große Entfernung zur Explosion zu bringen.

Wissenschaftliche Nachrichten. Dem Privatdozenten für Dermatologie und Urologie an der Berliner Universität, dirigierenden Arzt am Städtischen Rudolf Virchow-Krankenhause Dr. med. Adolf Buschke ist der Titel „Professor" verliehen worden.

Theaterchronik. Das im Neuen Theater am Freitag zur ersten Aufführung kommende Schauspiel „Simson" von Henry Bernstein, deutsch von Rudolf Lothar, beschäftigt neben Ferdinand Bonn die Damen Glümer, Jäger, Reisenhofer und die Herren Schindler, Schroth und Zigold. Die Inszenierung besorgte Rudolf Lothar.

Nach fünf Jahren.

Der große Wucherprozeß Rosenstiel und Genossen, der schon im Jahre 1903 die zehnte Strafkammer mehrere Tage hindurch beschäftigte, gelangte heute, also nach fünf Jahren, vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I abermals zur Verhandlung. Der Hauptangeklagte Agent Ernst Rosenstiel, der wiederholt wegen Wuchers und Betruges vorbestraft war, ist inzwischen verstorben, einer der früheren Angeklagten befindet sich im Irrenhause, ein anderer ist durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Auf der Anklagebank haben folgende sieben Personen Platz zu nehmen: 1. Kaufmann Benno Fraude, 2. Hypothekenmakler Ernst Kittel, 3. Hypothekenmakler Georg Lorff, 4. Kaufmann Gustav Schröter, 5. Direktor des Allgemeinen deutschen Sparvereins Ludwig Zieser, 6. Kaufmann Gustav Jakob, 7. Privatier Max Hirschfeld. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Lieber, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Merschberger.

Die Anklage lautet auf Wucher, Betrug, schwere Urkundenfälschung, Unterschlagung und Untreue. Die Angeklagten sind beschuldigt, sich mehr oder weniger in wucherischer Weise an der Ausbeutung geldbedürftiger Lebemänner beteiligt zu haben, wobei die verschiedenen Federn in den meisten Fällen in der Hand des verstorbenen Rosenstiel zusammengelaufen sein sollen. Auch die „Hereingabe" von Pferden spielt bei einzelnen Wuchersfällen eine Rolle.

Nicht nur der Hauptangeklagte ist verstorben, sondern es sind auch verschiedene Zeugen mit Tode abgegangen oder verschollen, andere haben ihr Nichterscheinen durch Krankheit entschuldigt. Zu den Nichterschienenen gehört auch der Graf Franz Larisch-Mönnich. Der jugendliche Graf, der im Jahre 1890 in Leipzig Medizin studierte, entstammt einer reichen österreichischen Adelsfamilie. Er war in Schulden geraten und hatte sich an Rosenstiel gewandt, von dem er kleine Darlehen erhielt. Später wurde ihm geraten, eine reiche Heirat zu machen. Ihm wurde eine süddeutsche Komtesse vorgeschlagen, er stellte für das Zustandekommen der Heirat einen Provisionsschein von 200,000 Mark aus, aus der Heirat wurde aber nichts. Graf Larisch ging dann nach Amerika und heiratete dort eine vermögende Dame. Er wurde dann dadurch überrascht, daß ihm ein von ihm akzeptierter Wechsel in Höhe von 200,000 Mark zur Einlösung präsentiert wurde. Dieser Wechsel soll gefälscht sein. Graf Larisch ist im Jahre 1903 als Zeuge vor Gericht vernommen worden und hat bekundet, daß er im Jahre 1900 an Rosenstiel einen Provisionsschein in Höhe von 200,000 Mark ausgestellt habe, der fällig sein sollte, vier Wochen nachdem die standesamtliche Trauung mit der ihm vorgeschlagenen Dame mit einer Mitgift von zwanzig Millionen stattgefunden habe. Graf Larisch blieb damals bei seiner Vernehmung mit aller Entschiedenheit dabei, daß er niemals an Rosenstiel einen Wechsel über 200,000 Mark gegeben habe. Graf Larisch weilt gegenwärtig in Amerika, es wird fraglich sein, ob dieser Fall wird aufgeklärt werden können. Bei den Transaktionen mit dem Grafen Larisch kommen außer dem verstorbenen Rosenstiel noch die Angeklagten Frande, Jacob und Zieser in Frage.

Für die Verhandlung sind fünf Tage angesetzt; sie findet im kleinen Schwurgerichtssaal im alten Kriminalgerichtsgebäude statt.

Der Brand des Dampfers St. Cuthbert.

Ueber die Feuersbrunst, die, wie schon berichtet, an Bord des englischen Dampfers „St. Cuthbert" an der Küste von Neufchtland ausbrach, wobei fünfzehn Menschen ihr Leben einbüßten, werden aus New-York, 4. Februar, noch folgende Einzelheiten berichtet:

Der White Star-Dampfer „Cymric", der die Geretteten des „St. Cuthbert" an Bord hat, wird heute nacht in Boston erwartet. Einer der Reisenden auf der „Cymric", D. B. Mac Gowan von der „Chicago Tribune", hat ein drahtloses Telegramm von Bord des Schiffes hierher gesandt, das folgende Einzelheiten berichtet: Am Montag früh entdeckten wir auf der Höhe von Neufchtland einen in Flammen stehenden Dampfer. Es war der „St. Cuthbert", der von Antwerpen nach New-York unterwegs war. Seine Maschinen waren durch eine Explosion gebrauchsunfähig geworden; dabei wurden auch mehrere Personen verletzt. Der Vordermast stürzte um; dabei stürzte der Mann im Ausguck herab und fand den Tod in den Flammen. Auch neun Personen, die als blinde Passagiere im Hinterteil des Schiffes eingeschlossen waren, sollen umgekommen sein. Unter den fünfzehn Ertrunkenen, die in der vollgeschlagenen Schaluppe Rettung gesucht hatten, befindet sich der erste Offizier des „St. Cuthbert". Der Brand war schon am Sonntag ausgebrochen; als wir Montag morgen das brennende Schiff sichteten, herrscht ein furchtbarer Sturm, der das Rettungswerk zunächst unmöglich machte. Wir warteten vergeblich das Abflauen des Unwetters ab. Schließlich gelang es, nachdem auch noch Oel auf die Wogen gegossen war, ein Boot flott zu machen, das in drei gefahrvollen Fahrten im stärksten Schneesturm die 37 Ueberlebenden herüberholte. Sie hatten sämtlich Furchtbares ausgestanden; allen waren die Füße mit Brandwunden bedeckt. Der Kapitän Banks hat besonders schwere Verletzungen davongetragen.

Einer weiteren Meldung aus Antwerpen zufolge hat die Nachricht von dem Brand des Dampfers in Antwerpen große Bestürzung hervorgerufen, da 46 Mann der Besatzung aus Antwerpen stammen. Ihre Angehörigen belagern angsterfüllt die Bureaus der Gesellschaft Steinmann u. Komp., um neue Nachrichten über die Matrosen zu erhalten. Um die Namen der Umgekommenen festzustellen, bedarf es noch der Ankunft des Dampfers in Boston. Der „St. Cuthbert" hat 4954 Tonnen Gehalt und gehört der British and Foreign Shipping Compagnie. Seine Maschinen arbeiten mit 590 Pferdekräften.

Lokales.

Ein „Sechserbootverkehr".

Wie wir bereits berichteten, wurde bei dem hiesigen Polizeipräsidium die Genehmigung für ein neues Motorbootunternehmen nachgesucht. Es wird beabsichtigt zum 15. Mai d. J. auf dem Landwehrkanal, und zwar vorerst zwischen der Potsdamerbrücke bis zum Halleschen Tor, mit vier Motorbooten einen Versuchsbetrieb einzuführen. Für die etwa 1800 Meter lange in Aussicht genommene Strecke soll der Fünfpfennigtarif zugrunde gelegt werden. Wenn der Versuchsbetrieb sich rentiert, sollen weitere Motorbootlinien eingerichtet werden.

Der Verkehrsverband „Groß-Berlin".

Der Stadtverordnetenausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über die Begründung eines Verkehrsverbandes von Groß-Berlin, umfassend Berlin und 23 Vororte, ist gestern abend im Rathause unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Singer zusammengetreten.

Nach einer Beratung des vorliegenden Entwurfs der Satzungen wurden die Beratungen auf kurze Zeit vertagt, um sie in Anwesenheit des Oberbürgermeisters Kirschner, der wegen Krankheit verhindert war, wieder aufzunehmen.

Der Achtuhrladenschluß.

Vom Ausschuß der vereinigten Ladeninhaber und Gehilfen zur Herbeiführung eines einheitlichen Achtuhrladenschlusses wird uns mitgeteilt: Bis heute sind 22,959 Unterschriften zugunsten der Einführung des Achtuhrladenschlusses, der Sonnabend ist hiervon ausgenommen, abgegeben worden. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde hiermit überschritten.

Die Treptower Sternwarte.

Der Stadtverordnetenausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über den Abschluß eines Mietsvertrages mit dem eingetragenen Verein Berlin-Treptow-Sternwarte hat gestern den Vertrag mit einer unwesentlichen Aenderung angenommen. Der Vertrag sieht die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 100,000 Mark für einen Neubau vor sowie die Uebernahme einer Garantie in Höhe von 6000 Mark. Zum Berichterstatter wurde der Vorsitzende Justizrat Ladewig gewählt.

Eine Fahrt durch den Schneesturm machte gestern ein Militärluftschiff, das gegen 10 Uhr vormittags auf dem Uebungsplatze in Tegel aufgestiegen war. Der Ballon wurde nach östlicher Richtung abgetrieben und fuhr in verhältnismäßig langsamer Fahrt über Köpenick und Friedrichshagen hinweg. Gegen 2 Uhr mittags geriet das Luftschiff in der Nähe von Hartmannsdorf bei Fürstenwalde in einen heftigen Schneesturm, der die Führer des Ballons, drei Offiziere, veranlaßte, einen Landungsversuch zu unternehmen. Das Luftschiff wurde aber dem Dorfe zugetrieben und jagte in so geringer Höhe über die Dächer der Häuser hinweg, daß eine Katastrophe fast unvermeidlich erschien. Die Gondel streifte ein Schwemdach und riß dieses ab. Fast die gesamten Dorfbewohner waren zur Hilfeleistung herbeigeeilt; mehreren Männern gelang es, die herabhängenden Seile des Ballons zu ergreifen und diesen festzuhalten. Die Landung konnte dann innerhalb des Dorfes ohne Schwierigkeiten vollzogen werden. Der Ballon wurde nach Fangschleuse und von dort mit der Bahn nach Tegel gebracht.

Ueber den Selbstmordversuch eines Ehepaares wird aus der Swinemünderstraße berichtet: Der 43 Jahre alte Schuhmacher Max Seiring, der mit seiner 38 Jahre alten Frau Anna seit zwei Jahren in dem Hause Swinemünderstraße 47 wohnt, hatte früher eine Pantoffelfabrik, die aber vor sechs Jahren zugrunde ging. Seitdem schlug sich Seiring als selbständiger Schuhmacher durch, während seine Frau bei Verwandten in einer Gastwirtschaft Beschäftigung fand. Beide Eheleute ergaben sich nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch dem Trunk. Endlich beschlossen

sie, ihren Leben ein Ende zu machen. Gestern nachmittag sah man beide betrunken über den Hof gehen. Um 7 Uhr kam ein junger Mann, der früher in der Pentoffelfabrik gearbeitet hatte und der das Ehepaar aus alter Anhänglichkeit noch besuchte. Er fand die Wohnungstür auf und die Eheleute bewußtlos daliegen. Der Mann lag in der Küche auf dem Fußboden, die Frau in der Stube auf dem Bett. Am Boden lag eine leere Lysolflasche. Der Besucher schlug Lärm; mehrere Aerzte, die von Hausgenossen aus der Nachbarschaft geholt wurden, ließen die Lebensmüden nach dem Lazarustrankenhause bringen. Dort befinden sie sich heute wieder außer Gefahr.

Beraubung einer Berliner Familie an der Riviera. In San Remo wurden gestern, wie von dort berichtet wird, zwei internationale Hoteldiebe abgefaßt, die eben im Begriffe standen, die Wohnung einer reichen Berliner Familie auszuplündern. Bei den Verbrechern fand man ein Köfferchen, in dem bedeutende Geldbeträge verborgen waren.

Beim Rangieren getötet. Gestern morgen wurde auf dem Rangierbahnhof Güterbahnhof in der Nähe des Stationsgebäudes an der Kreuzbergstraße der 26 Jahre alte Rangierer Richard Neumann überfahren und auf der Stelle getötet. Neumann wollte beim Rangieren eine Kuppelung mit einer Stange ausbessern, da ihm dies nicht gelang, trat er zwischen die in Bewegung befindlichen Wagen und löste die Kuppelung mit den Händen. Beim Herantreten aus den Wagen scheint er ausgeglitten oder über die Schienen gefallen zu sein. Er stürzte so unglücklich, daß ihm die Räder über den Unterleib gingen. Er war auf der Stelle tot.

Ein Hund als Brandstifter. Gestern abend wurde die Feuerwehr nach dem Hause Elbenauerstraße 9 gerufen, wo in der im 3. Stockwerk des Vorderhauses belegenen Wohnung des Schneiders Hirsch Groß in dessen Abwesenheit ein Brand entstanden war. Nach der Situation zu schließen, hat der in der Wohnung zurückgebliebene Hund die Tischdecke mit der brennenden Petroleumlampe heruntergerissen, die dann explodierte. Die Wehr löschte das Feuer, das ein Sofa und mehrere andere Gegenstände, sowie den Fußboden und die Tapete ergriffen hatte.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 5. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.

Die **zweite Beratung des Bergetats** wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Beumer** (natl.) verteidigt die Preispolitik des Kohlensyndikats. Es ist bezeichnend, daß dieselben Herren, die im Reiche die Sozialpolitik im Automobiltempo betreiben wollen, zugleich die geschworenen Feinde des Kohlensyndikats sind. Als ob all die Lasten der Sozialpolitik, die Herabsetzung der Arbeitszeit usw. nicht dazu führen müßten, die Preise zu erhöhen. Die Herren wollen, wie ich in Anwendung des Sprichworts sagen möchte, dem Syndikat, den Produzenten, den Pelz waschen, ohne die Konsumenten naß zu machen. Die Herren haben durch ihre Sozialpolitik im Reiche die Konsumenten naß gemacht und trocknen ihnen nun den Pelz durch ihre fulminanten Reden gegen das Kohlensyndikat. Die niedrigen Kohlenpreise der 70er und 80er Jahre waren nur möglich durch ungeheuere Kapitalverluste, eine große Reihe von Kuxeninhabern ist damals an den Bettelstab gekommen. In den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges würden nur bei wildem Wettbewerb ohne die regulierende Tätigkeit des Syndikats drei- bis viermal so hohe Preise gehabt haben. Bei einer Verstaatlichung des gesamten Bergbaues würden die Preise nicht niedriger, sondern höher werden. Hic niger est, hunc sie Romane caveto! Hier ist es schwarz, hiervor fürchte dich, Römer! (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Goldschmidt** (fr. Vp.): Ich kann bestätigen, daß zur Zeit der niedrigen Kohlenpreise im Rheinland zahlreiche Familien ihr Vermögen verloren haben. Daß die Lasten der Sozialpolitik die Preise verteuern, wird niemand bestreiten. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Sozialpolitik im Automobiltempo betrieben werden soll, aber ich bin auch kein geschworener Feind der Syndikate. Ich wünsche, daß Arbeitgeber und Arbeiter sich organisieren, aber ich wünsche auch, daß die Arbeitgeber sich dann nicht auf den protzigen Standpunkt stellen, mit den Arbeiterorganisationen nicht verhandeln zu wollen. (Sehr richtig! links.)

Wie wenig von einem

Automobiltempo der Sozialpolitik

die Rede sein kann, beweist die Tatsache, daß achtzehn Jahre nach dem Versprechen der kaiserlichen Botschaft endlich die Vorlage über Arbeitskammern beim Bundesrat eingegangen ist.

Gestern ist die Nachricht durch die Presse gegangen, daß die Beamtenbesoldungsvorlagen im Reiche und in Preußen auf den Herbst vertagt werden sollen. Ich erwarte, daß der Herr Minister dieser, die Beamten aufs höchste beunruhigenden Nachricht wird widersprechen können. Sollte er es nicht können, wohin kommen wir dann mit dem Beschluß des Hauses, beim Etat Beamtenfragen nicht zu besprechen? (Sehr gut! links.)

Die Herren, die davon sprechen, daß

die Löhne der Bergarbeiter

an der Grenze des Möglichen angekommen seien, vergessen, daß, wenn die Lebenskosten weiter steigen, die Löhne notwendigerweise mit steigen müssen. Es ist Tatsache, daß ein Teil der Arbeiter den gesamten Mehrverdienst für die gesteigerten Lebenskosten hat aufwenden müssen. (Sehr richtig! links.) Dazu kommt, daß die Löhne in der Privatindustrie höher sind als in den Staatsbetrieben. Wertvolles Material enthält die Denkschrift des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg, die dieser dem Reichstag über die Unfälle im Bergbau vorgelegt hat. Diese Unfälle werden immer seltener werden, wenn man die Arbeiter mit heranzieht zur Grubeninspektion. (Bravo! links.)

Abg. **Wolff**-Lissa (fr. Vp.) bittet um möglichste Förderung der Braunkohlengewinnung in den Ostprovinzen.

Abg. **Voltz** (natl.): Wir sind nicht für Vermehrung, sondern für Verminderung der Grubeninspektion, damit die Arbeiter mehr das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit haben. Das beste Mittel zur Beseitigung der Kohlennot sind staatliche Maßnahmen, Förderung des Absatzes der Gruben in schlechten Zeiten durch Gewährung von Ausnahmetarifen im Inlande.

Minister Dr. **Delbrück**: Herrn Goldschmidt kann ich erwidern, daß mir von einer Vertagung der Beamtenvorlagen

nichts bekannt

ist. (Bravo! von allen Seiten des Hauses.) Die Braunkohlengewinnung im Osten stößt auf ziemlich große Schwierigkeiten. Gewiß wäre die Erschließung der Braunkohlenfelder ein Segen für Westpreußen und Posen, und ich werde mein möglichstes in dieser Richtung tun. Genauere Auskunft darüber, was zu diesem Zwecke geschehen soll, kann ich heute noch nicht geben. Lassen Sie mir Zeit, um die nötigen Grundlagen für ein erfolgreiches Vorgehen in dieser Richtung zu finden.

(Schluß des Blattes.)

Deutscher Reichstag.

95. Sitzung vom 4. Februar.

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Die **zweite Beratung des Militäretats** wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Kriegsministers". Hierzu liegen die bereits mitgeteilten Resolutionen vor.

Abg. **Vogtherr**-Hall (wirtsch. Vg.): Freisinnige und Sozialdemokraten haben sich darüber beklagt, daß durch die „unselige Agrar- und Zollpolitik" die Ausgaben für die Naturalverpflegung so gestiegen seien. Die Zölle spielen hierbei aber keine Rolle, die landwirtschaftlichen Produkte sind nicht durch die Zölle teurer geworden, sondern durch die Kosten der Produktion selbst. Die Capriblsche Handelsvertragspolitik, die die Industrie einseitig begünstigte, hat uns die Arbeiter weggenommen, so daß die Löhne erheblich gestiegen sind und die Landwirte oft überhaupt keine Leute bekommen. Ich muß in meiner Wirtschaft jetzt an Dienstbotenlohn das Doppelte wie früher zahlen. Auch die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte sind erheblich teurer geworden. Daß die Regierung die Politik der Begünstigung der Industrie aufgegeben und sich endlich der Landwirtschaft angenommen hat, ist sehr erfreulich. Wünschenswert ist es, daß den Soldaten Gelegenheit gegeben wird, Unterricht im landwirtschaftlichen und gewerblichen Fortbildungswesen zu nehmen. Ferner muß den Kavalleristen und Artilleristen eine größere Sonntagsruhe gewährt werden, jetzt kommt es oft vor, daß Pferde, Leute am Sonntag Paßdienst schneiden müssen. Das sollte doch nicht vorkommen. Auch beim Militär werden noch immer die Pferde kupiert, mit dieser scheußlichen Unsitte sollte doch endlich mal gebrochen werden. Vielleicht könnte man den Besitzern von kupierten Pferden eine Extrasteuer auferlegen. Die Militärverwaltung muß den Landwirten zur Erntezeit durch Entsendung von Urlaubern entgegenkommen. Redner erzählt einen Fall, wo ein Bursche seinen Urlaub bekam, weil die Frau Majorin seine Dienste nicht entbehren wollte, und wendet sich dann gegen die Distanzritte und Wettrennen, bei denen die Pferde zu Schanden geritten und zu Tode gehetzt werden.

(Schluß des Blattes.)

Parlamentarische Nachrichten.

Kommunale Fragen in der Kommission.

Die Gemeindekommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich am Dienstag Abend mit einer Anzahl Petitionen. Eine Petition um Einführung der staatlichen Wertzuwachssteuer wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem von einem Regierungsvertreter Bedenken gegen eine staatliche Wertzuwachssteuer erhoben worden waren. Als Material über diese Steuer wurden Petitionen um Aufhebung des Gemeindesteuervorrechts der Beamten, um Abänderung der Gemeindeordnung in der Rheinprovinz und um Abänderung der Kreisordnung in der Rheinprovinz. Eine Petition um Verleihung der Stadtrechte an die Gemeinde Steglitz bei Berlin wurde der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Auflösungsbefugnis und Anzeigepflicht.

Die Vereinsgesetzkommission des Reichstages verhandelte heute über einen Antrag des Dr. Müller-Meiningen (fr. Vp.), der hinter den § 2 zur näheren Regelung der Auflösungsbefugnis der Polizei, sowie um hierfür genaue Rechtsgarantien zu schaffen, einen neuen Paragraphen einfügen will. Gegen die hierbei vorgesehene Beteiligung der Zivilgerichte und die Hereinziehung des Reichsgerichts wurden aber so lebhafte Bedenken erhoben, daß Dr. Müller-Meiningen seinen Antrag vollinhaltlich zurückzog. Er brachte jedoch zusammen mit den Abgg. Dietrich (kons.) und Dr. Junck (natl.) einen neuen Antrag ein, der die Rechtsgarantien zwar in ähnlicher Weise, aber im Anschluß an den § 340 des B.-G.-B. und die §§ 20 und 21 der Gewerbeordnung regelt. Im Laufe der Diskussion fügte Abg. Dr. Müller-Meiningen diesen Antrag noch den Zusatz an, daß für die Auflösungsentscheidung eine öffentliche Bekanntmachung vorgeschrieben werden soll. Mit dieser neuen Fassung erklärte sich die Regierung einverstanden. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es wurde dann in die Beratung des § 3 eingetreten, der folgende Fassung hat: „Wer eine öffentliche Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten veranstalten will, hat hiervon mindestens 24 Stunden — bei Wahlversammlungen mindestens zwölf Stunden — vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Ueber die Anzeige soll von der Behörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung erteilt werden." — Abg. Traeger (freis. Vp.) möchte die Bewachungsbefugnis der Polizei bei Vereinsversammlungen abgeschafft wissen. — Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Vp.) beantragte, die Anzeigepflicht bei Wahlversammlungen überhaupt fallen zu lassen. — Abg. Trimborn (Ztr.) möchte auch Versammlungen mit sozialem Charakter, in denen Berufs- und Standesinteressen erörtert werden, nicht als Versammlungen politischen Charakters aufgefaßt wissen. — Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärte, daß die Anzeigepflicht nicht schikanös gehandhabt werden solle. Die Anzeige solle nur den Zweck haben, daß die Polizei Kenntnis von der durch die Versammlung verursachten größeren Ansammlung von Menschen erhalte. Die Versammlung der Anzeigepflicht solle keine Auflösungsbefugnis bilden. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

INDUSTRIE • HANDEL • BÖRSE

Berlin, 5. Februar. Die Rediskontierung von Schatzscheinen durch die Reichsbank übte heute zu Beginn des Verkehrs — obwohl seit längerer Zeit erwartet — einen verstimmenden Einfluss aus. Die Folge davon waren leichte Kursrückgänge am Renten- und Bankaktienmarkte. Montanaktien setzten gleichfalls teilweise niedriger ein, weil die Nachrichten über den Geschäftsgang beim Stahlwerksverband einen ungünstigen Eindruck erweckten. Eine feste Haltung zeigten von vornherein Schiffahrtsaktien und amerikanische Werte — letztere auf New-York. Bald nach Eröffnung des Verkehrs, als sich herausstellte, dass die von der Reichsbank angebotenen Schatzscheine eine relativ leichte Aufnahme fanden, wurde die Gesamttendenz fester; Interesse trat wieder für die Aktien der Oesterreichischen Kreditanstalt hervor, ferner für die Aktien der Phönix Bergbaugesellschaft und für russische Anleihen. Gegen Schluss des Verkehrs war die Börse etwas schwächer auf unmittelbar bevorstehende Nachrichten aus Portugal.

Kurse gegen 3 Uhr. Tendenz: Schwächer.

Kreditaktien	204.75	Kanada	148.40
Wien. Bankverein	136.75	Pennsylvania	108.75
Länderbank	—.—	Orientbahn	117.80
Franzosen	145.50	Anatolier	—.—
Lombarden	26.30	Mittelmeerbahn	—.—
Diskonto	176.12	Meridionalbahn	137.25
Deutsche Bank	237.37	Gotthardbahn	—.—
B. Handelsges.	160.10	3% d. Reichs-Anl.	83.50
Dresdner Bank	140.00	Russ. Anleihe 1902	83.50
Darmstädt. Bank	127.50	Spanier	—.—
Nationalbank	118.15	3% Portugiesen	62.90
Schaaffh. Bankv.	137.00	4½% Chinesen	—.—
Komm.-u. Disk.-B.	108.00	Japaner	89.90
Russische Bank	137.37	Unif. Türken	—.—
Lübecker	—.—	Türkenlose	148.00
Prince Henri	118.10	Buenos	—.—
Warschau-Wien	167.60	5% Argentinier	—.—
Baltimore	86.90	Dynamit-Trust	162.50

Privatdiskont 4⅝ pCt.

Berliner Produktenbörse. Die Preissteigerung an der hiesigen Börse machte heute erhebliche Fortschritte. Anregend wirkte die Abnahme der Weizenbestände in Amerika sowie die höheren Notierungen an den Börsen von New-York und Chicago. Im Verlaufe der Börse wirkten ferner befestigend die Preissteigerungen von Weizen in Liverpool und Pest. Auch hat das argentinische Weizenangebot abgenommen, die Forderungen waren zum Teil erhöht. Infolgedessen stiegen am hiesigen Markte die Preise von Weizen um ca. 2 M. Später verursachten Abgaben gegen zweithändige Abschlüsse in Laplata-Weizen eine leichte Abschwächung. Am Roggenmarkte war die Tendenz ebenfalls sehr fest, da die russischen Forderungen um zirka 2 M. erhöht waren. Die inländischen Zufuhren haben abgenommen. Bei lebhaftem Deckungsbegehr und starker Zurückhaltung der Abgaben stiegen die Notierungen um ⅛ bis 1 M. Auch der Hafermarkt wies eine Befestigung auf. Die inländischen Offerten sind nicht mehr so dringend wie in den letzten Tagen. Allerdings gehen die Konsumenten immer noch vorsichtig mit Käufen vor. Im Lieferungsgeschäft war eine Preisbesserung zu konstatieren. Mais war dagegen in Erwartung neuer Ankünfte billiger angeboten. Mehl wies infolge der höheren Getreidepreise festere Notierungen auf. Roggenmehl stieg um 25 Pf., Weizenmehl um 10 bis 20 Pf. Die Unternehmerglasi hatte eine leichte Besserung erfahren. Rüböl verlor bei ruhigem Verkehr 10 bis 20 Pf. im Preise.

Am Frühmarkt wurden notiert: Weizen inländ. 217—220 ab Bahn und frei Mühle, Mai 219.25—219.75. Roggen, inländ. 209 bis 207 ab Bahn und frei Mühle, Mai 211.75, Juli 208.75. Hafer märkischer, mecklenburgischer, pommerscher, preussischer, posenscher und schlesischer fein 178—188, mittel 168—177, gering 163 bis 167 ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerikanisch, mixed, 175—178, runder 152—157 frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 156—166, gute 167—178, russische und Donau leichte 152—158 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware mittel 185—193, feine Futtererbsen und Taubenerbsen 193—200 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 28,00 bis 35,75. Roggenmehl 0 u. 1 26,50—28,20. Weizenkleie 12,75 bis —13,50. Roggenkleie 13—13,50 M.

An der Mittagsbörse wurden notiert: Weizen inländischer 217—220 ab Bahn. Mai 220—220,50—219,75, Juli 219,00—219,25—219,00. Roggen inländischer 205—207 ab Bahn. Mai 211,75—212,50—212,25, Juli 208,75—209,00. Hafer Mai 173,00—172,75. Mais Mai 149,75 bis 149,50. Weizenmehl 00 28,25—30,75. Roggenmehl 0 und 1 26,70 bis 28,30. Rüböl Februar 71,5 Geld, Mai 71 Brief, Oktober 69,9 Mark.

Preise am 2½ Uhr. (Nichtamtlich.) Weizen Mai 219,75, Juli 218,75. Roggen Mai 212,50, Juli 209,25. Hafer Mai 172,75, Juli 173,75. Mais Mai 149,60. Mehl Mai 27,25, Juli 27,00. Rüböl Februar 71,5, Mai 71,0, Oktober 69,9 M. (Trockene Kartoffelstärke und Kartoffelmehl 24,50—25,00, feuchte Stärke 14,50 M.)

Marktpreise von Berlin am 4. Febr. 1908 nach Ermittelungen des königlichen Polizeipräsidiums. Richtstroh 5,66 bis 5,74 M., Heu 7,10 bis 9,20 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen, 30 bis 50 M., Speisebohnen, weiss 30,00 bis 50,00 M., Linsen 50,00 bis 90,00 M., Kartoffeln 6,50 bis 8,00 M. Rindfleisch von der Keule (1 Ko.) 1,40 bis 2,00 M., Rindfleisch, Bauchfleisch 1,10 bis 1,60 M., Schweinefleisch 1,20 bis 1,80 M., Kalbfleisch 1,20 bis 2,10 M., Hammelfleisch 1,10 bis 2,00 M., Karpfen 1,20 bis 2,40 M., Aale 1,60 bis 3,00 M., Zander 1,20 bis 3,50 M., Hechte 1,20 bis 2,60 M., Barsche 0,80 bis 2,00 M., Schleie 1,50 bis 3,40 M., Bleie 0,80 bis 1,40 M., Krebse 60 Stück 4 bis 20 M.

Berlin, 5. Februar. (Originalbericht von Gebr. Gause.) **Butter.** Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia. Qualität 130—132 M., do. IIa. Qualität 127—129 M. — **Schmalz:** Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 48,00—48,50 M., amerikanisches Tafelschmalz Borussia 50,00 M., Berliner Stadtschmalz Krone 49,50—58 M., Berliner Bratenschmalz Kornblume 50,50—58 M. — **Speck:** Lebhaft.

Städtischer Schlachtviehmarkt.

Berlin, 5. Februar. Zum Verkauf standen: 474 Rinder, 2285 Kälber, 574 Schafe, 14,672 Schweine. Bezahlt wurden für 50 Kg. Schlachtgew. in M.: Ochsen —.—, —.—, —.—. Bullen —.—, —.—. Kühe —.—, —.—. Kälber: feinste Kälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 90—94, mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 75—81; geringe Saugkälber 45—54. Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 79—81, ältere Masthammel 69—72, mässig gen. Hammel und Schafe (Märzschafe 56—60. Schweine: für 100 Pfd. 20 pCt. Tara: vollfl. der feineren Diesen und deren Kreuzungen 57, fleischige 53—56, gering entwick. 49—52, Sauen 53. Verlauf und Tendenz: Vom Rinderauftrieb blieben ungeräumt 200 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig, gute schwere Kälber erzielten Preise über Notiz. Bei den Schafen fand der Auftrieb bis etwa auf ein Sechstel Absatz. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt. Ausgesuchte Schweine wurden mit Preisen über Notiz bezahlt.

Konkurse.

Berlin: Kaufm. Max Gottfurcht i. F. Orchestrophon-Sprech- und Musikwerke Max Gottfurcht, Ritterstr. 90. Verwalter Brinckmeyer, Klauditzstr. 3. Anmeldefrist bis zum 14. März 1908.

Der Prozeß Stöffel.

Die Todesstrafe beantragt.

Petersburg, 5. Februar. (Privat-Telegramm.) Die gestrige Anklagerede des Oberstaatsanwalts Generalleutnants Gurski gegen die Generäle Stöffel Reuß und Fock dauerte fünf Stunden. Gurski erklärte Stöffel habe Fälschung, Betrug und Feigheit begangen. Gegen Stöffel beantragte der Oberstaatsanwalt wegen Verrats die Todesstrafe. Fock und Reuß hätten ebenfalls Verrat begangen. Gegen den General Smirnow wurde als Strafe wegen Untätigkeit im Amte Einstellung in eine Arrestantenkompagnie vorgeschlagen. Die Anwendung der höchsten Strafen sei geboten, weil die Angeklagten durch ihre Handlungsweise die ganze russische Armee geschändet hätten.

Letzte Nachrichten.

Glückstadt, 5. Februar. Der russische Dampfer „Neva" mit einer Ladung gefrorenen Lachses, vom Amurgebiet nach Hamburg unterwegs, **strandete** unterhalb von Glückstadt infolge Nebels am Holsteinischen Elbufer. Die Lage ist gefährlich, es wird ein Durchbruch des Schiffes befürchtet. Schlepper sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Lissabon, 5. Februar. Die Gerüchte von einem **Anschlag gegen den Kriegsminister** sind nicht zutreffend.

Petersburg, 5. Februar. Zum **Handelsminister** ist der frühere Finanzminister Schipow ernannt worden.

Schiffsbewegungen:

Bremen, 5. Februar. „Kaiser Wilhelm II." Dienstag 12 Uhr mittags von New-York abgeg. „Scharnhorst" Dienstag 12 Uhr abends von Fremantle abgeg.

Witterungsbeobachtungen in Berlin. 5. Februar 1908.

Februar	Luftdruck in 60 m Seehöhe (mm)	Temp. Cels.	Windrichtung und Stärke 0—12	Bewölk. 0—10	Luftfeuchtigkeit in %
4. 9 Uhr abends	761,8	—3,1	NNW 3	10	91
5. 7 Uhr morm.	767,0	—0,5	NNW 3	10	92
5. 2 Uhr nachm.	768,4	1,2	NNW 2	10	87

4. Februar. Höchste Temperatur —1,6° C. Niedrigste Temperatur —5,3° C. Tagesmittel —3,4° C. Normales Tagesmittel 0,6° C.

Niederschläge: 4. Februar vormittags bis abends 0,7 Millimeter Schnee. 5. Februar früh Nebel, Schneedecke 7 Uhr morgens 1,8 Centimeter hoch.

Wetter in Deutschland. Beim Vorübergange einer flachen Barometerdepression fanden im Laufe des gestrigen Tags in den meisten Gegenden Deutschlands Schneefälle statt, die im Südosten mehrfach anhielten. Dabei trat überall eine langsame Erwärmung ein, so daß jetzt beinahe an der ganzen Küste, stellenweise auch in Südwestdeutschland Tauwetter herrscht. Im atlantischen Ozean ist ein Hochdruckgebiet gegen Mitteleuropa vorgerückt und hat bereits an der Nordseeküste Aufheiterung des Wetters und eine geringe Temperaturabnahme herbeigeführt. In den übrigen Landesteilen ist es noch trübe, München hat heute früh 6, Memel 4 Grad C. Kälte.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Veränderlich, vorwiegend trübe, am Tage etwas wärmer mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften westlichen Winden.

Allgemeine Wettervaussichten für Deutschland. An der Küste sehr windig und vielfach starke, im Binnenlande schwächere Schnee- und Regenfälle.

Stationen	Luftdruck auf Meeresniveau mm	Windrichtung und Stärke	Wetter	Temperatur C°	Stationen	Luftdruck auf Meeresniveau mm	Windrichtung und Stärke	Wetter	Temperatur C°
Borkum	762	Windstille	wolkig.	1	Valentia	780	W sehr leicht	bedeckt	7
Keitum	759	NNO l. leicht	wolkig.	3	Scilly	770	ONO mäßig	h. bed.	7
Hamburg	761	NNW leicht	bedeckt	1	Aberdeen	774	OSO leicht	heiter	4
Swinemünde	761	NNW leicht	bedeckt	1	Jsland	747	SW tief	h. bed.	5
Rügenwaldmünde	762	NNO mäßig	bedeckt	1	Färöer	759	W frisch	Regen	8
Neufahrwasser	761	NNO schw.	bedeckt	1	Christiansund	768	SSW Sturm	bedeckt	7
Memel	761	Windstille	bedeckt	—4	Kopenhagen	761	Windstille	Dunst	—4
Aachen	764	NNO schwach	bedeckt	—1	Stockholm	761	SSO leicht	wolkig	—9
Hannover	762	NNO leicht	bedeckt	—1	Haparanda	755	SSO mäßig	Schnee	—5
Berlin	762	NNO l. leicht	bedeckt	—0	Petersburg	763	NNO l. leicht	bedeckt	—6
Dresden	764	NNO schwach	bedeckt	—3	Wilna	758	N leht. leicht	bedeckt	—7
Breslau	763	NNO schwach	Schnee	—3	Lemberg	756	NNW leht.	Schnee	—5
Bromberg	762	NNO schwach	bedeckt	—1	Wien	763	N leicht	bedeckt	—4
Metz	763	N leicht	bedeckt	1	Triest	758	ONO schwach	heiter	—0
Frankfurt	764	NO leichtleicht	bedeckt	—2	Mailänden	766	NO leicht	bedeckt	2
Karlsruhe	764	NO leichtleicht	bedeckt	—2	Cherbourg	772	NNO mäßig	bedeckt	5
München	765	NNO leicht	Schnee	—6	Paris	766	NNO mäßig	bedeckt	3
Zürich	764	SSO l. leicht	Schnee	—5	Nizza	755	Windstille	wolkig.	8
Sentis	560	NNO leicht	Schnee	—15	Rom	759	N frisch	wolkig.	3
Genf	770	NNO leicht	wolkig	—2	Brindisi	756	N mäßig	Nebel	9

Sonnenaufgang 7 Uhr 38 Min. **Mondaufgang** 9 Uhr 54 Min. M.
Sonnenuntergang 4 Uhr 51 Min. **Monduntergang** 10 Uhr 25 Min. M.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Siegerist; für Lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Dr. Johannes Stanicki, beide in Berlin.

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q_1 quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q_2 do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q_3 do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 5. Febr. 1908

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20.40 M.

Berlin, Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuss 7%, Privatdiskont 4⅝%.

Nachdr. verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt.Rchs.Sch	v	3½	99.80G
do. 1912	a	4	100.00B
fäll.1.7.08	a	3½	99.40G
fäll.1.10.08	d	3½	99.25G
fäll.1.4.09	d	3½	98.90B
Pr.Schatz12	a	4	100.00B
Dt.Rchs-Anl.	v	3½	93.30bB
do. do.	v	3	83.30bB
Prss. cs.Anl.	v	3½	93.50b
do. do.	v	3	83.30bG
BadStb.A.01	a	4	99.60bG
do. do. 02	d	3½	—.—
Bayer. Anl.	e	4	100.75bG
do. u. 15	e	4	101.80b
do. do.	v	3½	93.20G
do. Eisb.O.	b	3	—.—
do. Ldsk.-R.	f	3½	—.—
Brnschl.Sch	d	3	—.—
Brem.Anl.99	b	3½	90.80bG
do. 05u.15	d	3½	90.80bG
do. 96	d	3	81.00bB
Cassel Ldcr.	c	3½	—.—
do.XXI. u.17	c	3½	—.—
do.XXII.u.14	c	4	100.00G
Hambg.St.R.	b	3½	93.20G
do. 1907	d	4	99.40G

Stargard i.P	d	3½	—.—
Stendal 01	a	4	—.—
do. 03	d	3½	90.10G
Stettin	a	3½	90.90B
do. 1904	d	3½	90.90B
Teltow.Kreis	d	4	99.10G
Teltow Kreis	d	3½	—.—
Thorn01u11	d	4	98.25G
Weimar	a	3½	91.60G
Wiesb79/83	v	3½	—.—
Worms 01	a	4	98.60B
Zerbst05 II	a	3½	—.—

Preussische Pfandbriefe.

Berlin. Pfdb.	a	5	116.60G
Berlin. Pfdb	a	4½	107.10G
do. do.	a	4	101.50bG
do. do.	a	3½	94.50G
do. neue	a	4	98.90B
do. do.	a	3½	92.50bG
do. do.	a	3	82.40b
Landsch Ctr.	a	4	—.—
do. do.	a	3½	91.30b
do. do.	a	3	82.50b
Kur- u.Neum	a	3½	—.—
do. alte	a	3½	95.50G
do.Comm.O.	d	3½	90.60G
do.	d	4	99.10G

Russ EBA.02	a	4	83.90bB
do. 1905	a	4½	94.80bG
RussStaatsr	q_1	4	76.40b
do.Nicolai-B	e	4	—.—
do.Prm.A.64	a	5	—.—
do. do. 66	c	5	267.25bG
do.Bodencr.	a	5	108.25B
do.conv.Obl.	a	3.8	75.00bG
SaoPaulo GA	a	5	96.50bG
SchwdStA86	f	3½	91.00b
SchwdStA88	b	3	—.—
Serb.amA95	a	4	82.75bG
Siames. Anl.	v	4½	93.20bG
SpanSchdkl.	q_1	4	—.—
Türk AdmAnl	e	4	88.30bG
do. Bagd.A.	c	4	86.50bG
do. c.Anl.prv	c	4	—.—
do. unifiz.03	c	4	95.90G
do. unifiz.05	c	4	87.10G
do. 400Fr.L	—	frc.	147.60bG
Ung.Goldrnt	a	4	95.25bG
do. kleine	a	4	95.40b
do.Kronenrt	f	4	95.10b
do. kleine	f	4	95.10b
do.Staatsrnt	a	3½	—.—
do.GoldA.ET	a	3	—.—
do. Lose	—	frc	—.—
do.GrndentO	e	4	96.10G

Eisenbahn-Prior.-Obligat.

Braun. Ldsb.	a	3½	83.90G
Brölta. 90er	d	4½	—.—
Halle-Hettst	d	3½	—.—
Halb.Blnk84	a	3½	—.—
do. 1895/03	a	3½	89.60b
Nord. Wrn.E.	d	4	—.—
Eschk.Finst.	d	3½	—.—
BöhmNord.G	a	4	98.30G
Dux-Bod. II.	v	5	—.—
do. Mark	a	5	—.—
do. Silb.-Pr	a	4	97.00G
DuxBd.KrPr.	a	3	79.40G
Dux-Prag. G.	a	3	79.00bG
Elis.W.G.stf.	d	4	97.80G
Frz.Jos. Silb	d	5	98.50G
Gal.CrlLw90	a	4	98.50G
Kasch.O.Gld	a	4	96.30G
do. Silb.89	a	4	—.—
Krono.Rudb.	d	4	98.50G
do.(Salzkg.)	d	4	97.40G
Lmb. Czn.stf	e	4	—.—
Oest.U.S.alt.	c	3	87.10G
do. 1885	c	3	83.90G
do. Egzsnetz	c	3	85.00G
Oest.U.St.95	e	3	78.75G
do. do. I. II.	e	5	106.90G

Chemische Fabrik (Industrie-Aktien, Ausschnitt)

Grünau	1	10	159.75bG
v. Heyden	1	10	160.00G
Hönning.	7	10	149.10G
Milch	N	15	223.30b
Oranienb.	1	10	171.75G
Weiler	1	10	154.60B
Albert	1	22½	398.50G
Byk	7	0	60.25G
Chemn. Wrkz	7	6	101.50bG
Cöln. Bgw.V.	1	30	405.00bB

Klaus Sp.ab.	1	8	96.75B
Köhlmann St	O	18	299.00G
Coll.& Jourd	5	15	297.00G
KölschWalz.	7	10	106.00bB
Kg. Wilh. cv.	1	20	259.60b
do.do.Pr.-A.	1	25	348.00b
Kön.Marienh	1	0	91.00G
do. do. V. A.	1	3½	93.00G
Kgsb. Walzm	1	6	97.00G
Kgsb. Zellst.	4	20	298.00b

SchönhAllee	1	frc.	650.00G
Schoneb Mei	7	4	41.50G
Schoening	5	8	103.75G
Schönw.Prz.	1	9	93.00bG
Schött Rhdt.	1	10	123.25bG
Schftg. Buck	1	8	131.50G
Schub.& Slz.	4	30	297.75b
SchuckertEl.	8	5	106.60b
Fr.Schulz jr.	1	23	284.00B
Schulz-Kndt	1	11	143.50G

[illegible]